

Leitartikel Athen wird zum Testfall für die Europäische Union / Von Jörg Eigendorf

Danke, Griechenland

Henry Kissingers Reaktion auf die europäische Einigung war einst eine simple Frage: „Wie lautet die Telefonnummer Europas?“ Er stellte sie in den 70er-Jahren, und somit sollte sie längst beantwortet sein. Doch die Etatkrise Griechenlands verdeutlicht wieder einmal, dass dem nicht so ist. Schlimmer noch: Europa hat nicht nur keine Telefonnummer, sondern auch keine Stimme. Oder besser gesagt: ganz viele Stimmen und keinen Plan.

Zentralbanker winden sich, Politiker drucksen herum. Den Vogel schoss

gestern Jean-Claude Juncker, der Vorsitzende der Finanzminister der Euro-Zone, ab. Er schloss kurzerhand einen Staatsbankrott Griechenlands „völlig aus“.

Junckers Versprechen ist ein verheerendes Signal, denn es nimmt Druck von den Griechen und allen anderen Defizitsündern. Auf fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung wird sich das Budgetdefizit der Hellenen 2009 belaufen. Und es liegt kein glaubwürdiger Plan vor, wie sie dieser Haushaltsmisere entkommen wollen. Hätten sich die Südeuropäer nicht aufgrund gefälschter Daten 2001 in die Euro-Zone geschummelt, wären sie vermutlich längst Stammkunde beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Es gibt schließlich kein Beispiel in der Wirtschaftsgeschichte, in dem ein Land mit derartigen Defiziten ohne eine Abwertung der eigenen Währung und ohne Milliardenkredite aus dem Aus-

land einigermaßen glimpflich noch die Kurve gekriegt hätte. Eine Abwertung ist für ein Mitglied der Euro-Zone aber ausgeschlossen – genauso wie der Gang zum IWF, denn der wäre ein Armutszeugnis für Europa.

Wir könnten nun böse auf die Griechen sein, weil sie einstige Vorurteile gegen den Euro und Europa wieder nähren. Die Kritiker sehen sich darin bestätigt, dass die vermeintlichen Halldris aus dem Süden uns in den Abgrund ziehen.

Dabei sollten wir den Griechen zutiefst dankbar sein. Denn sie werden zu einem dringend

erforderlichen Testfall für die Europäische Union. Ein Testfall, der einerseits lösbar ist, da Griechenlands Bruttoinlandsprodukt die Wirtschaftskraft Hessens nur geringfügig übersteigt, andererseits aber schmerzhaft genug werden könnte, um die eklatanten Schwächen der Währungsunion aufzuzeigen und anzugehen.

Das Grundproblem ist, dass es neben einer gut aufgestellten Europäischen Zentralbank (EZB) kein Pendant gibt, das Mitgliedsländer zu fiskalpolitischer Disziplin zwingen kann. Das wäre deshalb wichtig, da im Fall einer Schieflage sich stets die Frage stellt, wer dafür einspringt. Am Ende ist es in der Regel die Notenbank, die Geld drucken muss.

Eigentlich sollte der Stabilitätspakt für Disziplin in der Euro-Zone sorgen. Doch den haben nicht nur etliche Länder wie Deutschland desavouiert, indem sie ihn selbst wiederholt gebro-

chen und dann auch noch die Sanktionsmechanismen ausgehebelt haben. Der Pakt ist auch für einen Fall wie Griechenland ziemlich nutzlos: Zwar können nun EU-Finanzminister und Zentralbanker an die Hellenen appellieren, doch bitte zu haushaltspolitischer Vernunft zu kommen. Doch sie alle wissen, dass die Regierung in Athen angesichts protestierender Studenten aus eigener Kraft den Staatshaushalt wohl kaum um ein Viertel verringern kann.

Was ist dann der Ausweg? Die EU sollte eine Situation zulassen, in der Länder stecken, die den IWF zu Hilfe holen müssen. Das wird der Fall sein, wenn die Investoren den Kauf griechischer Staatsanleihen verweigern und das Land vor dem Bankrott steht. Und das heißt: Niemand sollte einen Staatsbankrott Griechenlands ausschließen. Im Ernstfall müsste dann die fiskalpolitische Hoheit vorübergehend de facto auf eine EU-Institution übergehen, die unabhängig ist von den typischen politischen Spielchen – also einer Art Euro-Zonen-IWF. Auf jeden Fall sollte dieser Weg so abschreckend sein, dass andere Länder keine Alternative mehr zu fiskalpolitischer Solidität sehen.

Machen die Euro-Länder hingegen allzu deutlich, dass Mutter Europa dem unvernünftigen Töchterchen im Süden immer wieder aus der Patsche hilft, dann ist es um den Euro geschehen. Andere Länder werden Griechenland folgen. Aus einem Währungsgebiet mit einer starken Währung wird dann eine Weichzone, deren Geld niemand auf dem Sparbuch haben will.

■ *Der Weg sollte so abschreckend sein, dass andere Länder keine Alternative mehr zu fiskalpolitischer Solidität sehen*